

Polizei fordert besseren Schutz für CSD-Teilnehmer in Bautzen

Die GdP fordert besseren Schutz für CSD-Teilnehmer nach rechtsextremen Protesten in Bautzen und plädiert für Reformen im Versammlungsrecht.

Der Christopher Street Day (CSD) hat sich nicht nur zu einem Fest der Vielfalt entwickelt, sondern zieht auch immer wieder die Aufmerksamkeit von gewaltbereiten Gruppen auf sich. Dies zeigte sich besonders in Bautzen, wo der diesjährige CSD von mehr als 680 Menschen aus dem rechtsextremen Lager und von Neonazi-Gruppen gestört wurde. „Die Lage war angespannt, und wir mussten schnell reagieren“, erklärt der GdP-Vorsitzende Jochen Kopelke.

Forderungen nach besseren Schutzmaßnahmen

Angesichts solcher Vorfälle hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine engere Zusammenarbeit mit den Organisatoren gefordert. Nach Ansicht der Gewerkschaft ist es essenziell, dass Ansammlungen vor und nach dem CSD-Umzug besser geschützt werden, insbesondere wenn die Teilnehmer weitere Veranstaltungen in der Stadt besuchen. „Es ist wichtig, dass wir im Vorfeld informiert werden, wo die Teilnehmenden hingehen, damit wir entsprechende Maßnahmen treffen können“, betont Kopelke.

Die Situation vor Ort

Der CSD in Bautzen war gut besucht, mit mehr als 1.000

Unterstützern, die ihre Rechte und die Vielfalt der LGBTQIA+ Gemeinschaft feierten. Leider musste eine geplante Abschlussparty aus Sicherheitsgründen abgesagt werden, was zeigt, wie sehr die Bedrohung durch rechtsextreme Gruppen die Freude an solchen Veranstaltungen trübt.

Gesetzesänderungen gefordert

Die GdP spricht sich auch für eine Reform der Versammlungsrechte in Deutschland aus, um den Polizeikräften eine schnellere Intervention bei Bedrohungen zu ermöglichen. „Häufig müssen wir darauf reagieren, dass die bestehenden Gesetze uns in unserer Arbeit einschränken“, so Kopelke. Ein einheitliches und restriktiveres Versammlungsrecht könnte es der Polizei erleichtern, rechtzeitig einzugreifen, um die Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten.

Ein bundesweites Problem

Die Vorfälle beschränken sich nicht nur auf Bautzen; auch in anderen Städten wie Köln und Berlin gab es Anfeindungen gegen CSD-Veranstaltungen. In Köln stürten 13 Männer eine Paradeloggenveranstaltung mit homophoben Äußerungen, während der Queer-Beauftragte in Berlin, Alfonso Pantisano, mit Morddrohungen konfrontiert wurde. Dies ist ein alarmierender Trend, der die Notwendigkeit unterstreicht, CSD-Veranstaltungen besser abzusichern.

Ausblick auf zukünftige Veranstaltungen

Am kommenden Samstag findet in Leipzig ein weiterer CSD statt, auf den ebenfalls rechtsextreme Gruppierungen mit Protesten reagieren wollen. Die Polizeidirektion Leipzig hat bereits angekündigt, intensiv auf die Entwicklungen rund um die Demonstrationen vorbereitet zu sein. Die Gewährleistung von Sicherheit für alle Teilnehmer bleibt daher eine zentrale Herausforderung.

Der CSD ist mehr als nur ein Fest; er ist ein Zeichen des Widerstands und des Gedenkens an die Ereignisse, die zur Förderung der Rechte der LGBTQIA+ Gemeinschaft führten. Die Herausforderungen, die sich durch rechtsextreme Gruppen darstellen, zeigen, wie wichtig es ist, den Dialog zwischen Polizei, Veranstaltern und der Gemeinschaft zu stärken.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de